

## Rede von Klaus Gagel zum TOP III.13, AfD-Antrag "Sporthallen für Schüler"

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren. Wir haben es erlebt bei der Präsentation des Haushalts: Die gegen Deutschland gerichtete Politik zeigt Wirkung, wie man ... (auch sieht) an den wieder steigenden Flüchtlingszahlen, - wenngleich doch führende Politiker von regierungsnahen Parteien, sprich der CDU, uns in den vergangenen Jahren immer wieder gesagt haben: "2015 darf sich nicht wiederholen" Wie oft haben wir diesen Spruch erlebt in der Presse? Wie oft haben wir es gehört? Wie oft haben sich führende CDU-Politiker dafür ausgesprochen? "Ja, wir brauchen eine Obergrenze von Flüchtlingen", wurde vorgetragen? In verschiedenen Reden und Zeitungsartikeln wurden CDU-Politiker in Regierungsverantwortung zitiert; wir haben im Kreistag sogar einen Antrag gestellt, wir haben acht Zitate von CDU-Politikern zusammengestellt, alle acht Zitate wollten das Thema adressieren. Die Zitate schließen sich an an die Ereignisse der letzten Jahre rund um das Thema Migration (an).

Und dieser politische Wille, der dort formuliert wurde seitens dieser Politiker, der durch die Presse gegangen ist, was ist dem gefolgt? Fast nichts! Denn wir stehen heute genauso wieder da wie 2015. "2015 darf sich nicht wiederholen", hat man gehört in einer Tour.

Wir haben genau das gleiche Problem (wieder). Und unser Antrag, den wir heute hier beraten, der beschäftigt sich lediglich mit einem klitzekleinen Symptom, das damit zusammenhängt, nämlich mit der Frage, ob die bestehende Infrastruktur des Kreises für Schüler verwendet werden soll und nicht für Migranten. Normalerweise ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Schulinfrastruktur natürlich durch die Schüler verwendet werden soll; ... unser Antrag hat genau diesen Zweck.

Wir haben diesen Antrag formuliert am 31. Oktober; da war noch nicht klar, dass die Taubenberghalle in Idstein tatsächlich für Flüchtlinge - "Geflüchtete" heißt es ja jetzt - vorgesehen wird. Wir haben sozusagen vorausgesehen, dass dies geschehen würde. Wir lesen ja im Bericht des Landrats, dass wir diese Zuweisungen haben. Aber auch von dieser Seite her muss man aufklären über eine Politik, die unter anderem eben auch von der CDU gefördert wird, wenngleich sie auch im Bund kritisiert wird.

Und die Problematik, die dahinter steckt, ist heute schon mal angesprochen worden: Konnexität. Man kann ein Stück weitergehen und Art. 28, Abs 2 GG (anführen). Wir hatten ja hier in der Präsentation des Landrats schon die Frage: Haben die Kommunen für ihre Angelegenheiten tatsächlich noch die Selbstverwaltung, Fragezeichen? Wenn man dem Landrat folgt, erscheint dies zweifelhaft. Haben wir wirklich noch Kommunen, die ihre Selbstverwaltung unabhängig ausführen können angesichts einer Krise, die sie von der Bundespolitik oben aufgesetzt bekommen? Diese Frage muss man doch stellen: welches Protestrecht hat eine Kommune gegenüber einer höheren Ebene, - wenn man sich auf Art. 28, Abs 2 GG bezieht? Diese Frage hat noch keiner angeschnitten; aber wir müssen es irgendwann tun. Denn in Zeiten extremst angespannter Haushaltsslage, wie wir es jetzt haben, und wir haben die Symptome gehört, muss man irgendwann mal eine Art von ... Protestinstanz einführen, um zu sagen, so geht's doch nicht mehr weiter.

Unser Antrag, den wir heute drin haben, adressiert ein ganz kleines Stück: Sporthallen für Schüler. natürlich wollen wir die Sporthallen für Schüler; natürlich wollen wir das weiterhin haben. Natürlich wollen wir keine Gemeinschaftsunterkünfte in Sporthallen haben. Ich persönlich befürchte das Schlimmste: wenn das mit dieser Politik hier so weitergeht, dann wird es mit der Taubenberghalle in Idstein, dann wird das nicht die einzige Sporthalle bleiben ... das ist alles eine sehr traurige Entwicklung, die Sie leider von den Altparteien allesamt, die Sie hier sind, (mit zu verantworten) haben; und insofern kann ich nur hoffen, dass Sie unserem Antrag zustimmen.

(5 min)